



(© FockeStrangmann)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die SPD-Landtagsfraktion begrüßt, dass der innovative „Digital-Pakt“ auf Bundesebene beschlossen wurde. Von den mehr als 5 Milliarden Euro werden rund 470 Millionen Euro nach Niedersachsen für die digitale Gestaltung unserer niedersächsischen Schulen fließen. Das Erlernen digitaler Kompetenz ist heutzutage von entscheidender Bedeutung in der persönlichen Entwicklung. Ziel muss es sein, allen Schülerinnen und Schülern eine aktive, selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalisierten Gesellschaft zu ermöglichen. Mit den Geldern des „Digital-Pakts“ können wir auf Landesebene gezielte Maßnahmen ergreifen, um die Voraussetzungen für ein gelingendes Erlernen von digitalen Kompetenzen zu ermöglichen. Zeitgleich haben wir unseren Entschließungsantrag „Bildung in der digitalisierten Welt“ ins Plenum eingebracht, der u.a. die inhaltliche Ausgestaltung der Umsetzung des Digital-Pakts aufzeigt.

Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „Immer nur mehr Stromleitungen? - Energien ganzheitlich denken!“ haben wir auf die Endlichkeit unserer derzeit genutzten Ressourcen aufmerksam gemacht und zugleich einen wichtigen Blick auf die Chancen einer umweltschonenderen Nutzung des Wasserstoffes geworfen.

Ganz in diesem Sinne haben wir am letzten Plenartag mit unserer Fragestunde zum Thema „Fridays for future - Gemeinsam gegen die Klimakrise“ den wichtigen Punkt des Klimaschutzes im Plenum zum Thema werden lassen. Tausende Schülerinnen und Schüler demonstrieren für eine positive und nachhaltige Gestaltung unserer Zukunft. Frei nach den Worten des ehemaligen US-Präsidenten Barak Obama: „Wir sind nicht die letzte Generation, die den Klimawandel erlebt, aber wir sind die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun kann“, möchten wir unsere Solidarität mit den inhaltlichen Zielen der protestierenden jungen Menschen ausdrücken.

Eure Hanna und Euer Ulf





Aus dem Februarplenium - Teil 1

Zu unseren Gesetzen und Anträgen:

TOP 4 Frühkindliche Bildung voranbringen

Nach der Einführung der Elternbeitragsfreiheit im Kindergarten, der Stärkung der Sprachförderung in den niedersächsischen Kindertagesstätten und der stufenweisen Einführung einer dritten Fachkraft in Krippengruppen ist der nächste Schritt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Attraktivitätssteigerung des Berufes der Erzieherin/des Erziehers. Wir fordern u. a., dass ein Stufenplan zur Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels kommen soll, der Quereinstieg in den Beruf des Erziehers/ der Erzieherin vereinfacht wird, zusätzliche Krippenplätze geschaffen werden, die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung an allen Schulen in freier Trägerschaft eingeführt wird, eine dualisierte Ausbildung mit Ausbildungsvergütung kommt und Weiterbildungsangebote für das Fachpersonal ausgebaut werden. Mit diesen weiteren Schritten soll die Qualität der Betreuung von Kindern in den Einrichtungen gesichert und verbessert werden.

TOP 12 Spitzenforschung in Niedersachsen stärken – Universitäten bei der Exzellenzstrategie unterstützen!

Niedersachsens Universitäten zählen zu den besten Deutschlands. Dies zeigt auch die Auswahl von sechs niedersächsischen Exzellenzclustern. Die Fördermittel aus der Exzellenzstrategie werden entsprechend in der erforderlichen Höhe durch Landesmittel gegenfinanziert. Der Landtag bittet die Landesregierung unter anderem, die niedersächsische Bewerbung für die Förderlinie Exzellenzuniversitäten bestmöglich zu unterstützen sowie gemeinsam mit den Hochschulen darauf hinzuwirken, dass diese ihr Profil in Bezug auf zukunftsweisende Forschungsfelder schärfen und sich verstärkt an nationalen und internationalen Auswahlwettbewerben beteiligen. Ebenfalls sollen Nachfolgeprogramme zum Hochschulpakt, zum Qualitätspakt Lehre und das Personalgewinnungsprogramm für

Fachhochschulen sowie der Pakt für Forschung und Innovation im Landeshaushalt abgesichert und auf eine dauerhafte Verstärkung der Bundesmittel hingewirkt werden.

TOP 15 Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger, Rettungskräfte und Ehrenamtliche sind nicht hinnehmbar – Land und Kommunen müssen gemeinsam aktiv werden

Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt im öffentlichen Raum nehmen immer mehr zu. Neben Aggressivität gegen Rettungskräfte und Polizisten sind leider auch Übergriffe gegen (kommunale) Amts- und Mandatsträger keine Ausnahmeerscheinung mehr. Der Landtag verurteilt dies und bittet die Landesregierung unter anderem, zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Fünf-Punkte-Plan gegen Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger auf den Weg zu bringen.

TOP 17 Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken – Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020

Vor dem Hintergrund des neuen EU-Haushaltes ab 2020 soll sich die Landesregierung im Rahmen des Agrarreformprozesses in Brüssel und auf Bundesebene, für ein angemessenes EU-Agrarbudget einsetzen. Des Weiteren soll sie für die Bewahrung eines funktionierenden Agrarinnenmarktes sowie die Beibehaltung der marktwirtschaftlichen Ausrichtung der GAP eintreten. Die Landesregierung soll sich bei der Reform der GAP dafür stark machen, dass Förderangebote der 2. Säule weiterhin zielgenau auf die landesspezifischen Bedarfe in Niedersachsen zugeschnitten werden können, auch wenn es statt der Länderprogramme für den ELER nur noch einen nationalen Strategieplan für beide GAP-Säulen in Deutschland geben sollte.



AUS DEM PLENUM

Aus dem Februarplenium - Teil 2

TOP 20 Regionale und direkte Vermarktung unterstützen und fördern

In den letzten 17 Jahren haben über 27.000 landwirtschaftliche Betriebe in Niedersachsen den Betrieb eingestellt. Dabei stieg die Anzahl der Betriebe mit einer Nutzfläche von über 100 ha um 56,6% und Betriebe mit einer Fläche von unter 100 ha nahmen um 51,2% ab. Um dem gestiegenen Wunsch vieler Verbraucher nach regional und direktvermarkteter landwirtschaftlicher Produkte und der Unterstützung kleinerer Hofbetriebe gerecht zu werden, fordern wir, dass landwirtschaftliche Kleinbetriebe durch das Land in ihren Direktvermarktungsstrategien unterstützt und auch z. B. von bürokratischen Hürden entlastet werden sollen.

TOP 28 Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen – Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!

Immer häufiger werden Einsatz-, Rettungs- und Hilfskräfte während ihrer Tätigkeit Opfer von Gewalt, Beleidigungen und Übergriffen. Diese unerträglichen Straftaten müssen konsequent angezeigt werden. Dabei dürfen diejenigen, die Menschen in Not geholfen haben, als Zeugen vor Gericht nicht allein gelassen werden. Die Retter und Helfer werden oftmals von gegnerischen Anwälten hart attackiert. Deshalb sollte jedem in dieser belastenden Situation anwaltlicher Beistand ermöglicht werden. Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund gebeten, sich in die Diskussion um die konkrete Ausgestaltung eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ unter Einbindung der in Niedersachsen tätigen Hilfsorganisationen nun aktiv auf Bundesebene einbringen und für schlanke Verfahren und eine unbürokratische Handhabung streiten.

TOP 31 Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken

Der verstärkte Personen- und Güterverkehr auf der Schiene stellt die Verkehrsinfrastruktur vor wachsende Herausforderungen. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind für die Ertüchtigung der Teilstrecke Bielefeld – Hannover rund 1,8 Milliarden Euro vorgesehen. Ab 2021 soll gleichzeitig der Hauptbahnhof Hannover grundsaniiert und der Bahnknoten ausgebaut werden. Der Landtag bittet vor diesem Hintergrund die Landesregierung, im Sinne der Bürger- und

Öffentlichkeitsbeteiligung, Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Suche nach geeigneten Lösungen für die Strecke und für Maßnahmen zum Lärmschutz einzubinden.

TOP 32 Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen fördern

Kunst und Kultur prägen unsere Heimat. Viele Menschen engagieren sich haupt- und ehrenamtlich in den Kultureinrichtungen und -initiativen Niedersachsens. Sie sorgen für kulturelle Vielfalt, kulturelle Bildung, kulturelle Teilhabe und stellen sich dabei neuen Herausforderungen wie der Digitalisierung und der Integration. Diesen Einsatz unterstützt das Land. Die Programme müssen weiterentwickelt werden, damit sie neuen Herausforderungen gerecht werden und so zu einer Verbesserung der Qualität beitragen. Der Landtag bittet deswegen die Landesregierung unter anderem, die Verfahren zur Förderung unbürokratischer zu gestalten, die Erstellung eines digitalen Atlases für alle Denkmäler in Niedersachsen, die Soziokultur im Zusammenspiel mit den anderen Kulturakteuren und -sparten an den unterschiedlichen Orten weiterzuentwickeln und zu fördern sowie die Förderung von Musikfestivals zu verbessern.

TOP 35 Bildung in der digitalisierten Welt

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verändert alle Lebensbereiche. Digitale Systeme und Werkzeuge durchdringen die Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung. Viele nutzen selbstverständlich digitale Angebote, häufig ohne die dahinterstehenden Algorithmen und Geschäftsmodelle zu verstehen. Der Erwerb grundlegender digitaler Kompetenzen muss daher im Bildungsauftrag der Schule eine zentrale Rolle spielen. In Zusammenarbeit mit der Landesregierung möchten wir als Schwerpunkte in unserer Strategie eine Definition einer langfristigen Vision von Bildung in der digitalisierten Welt, die Fortschreibung einer einheitlichen Strategie zur Umsetzung dieser u. a. im Rahmen von Bildung 2040 sowie die kurzfristige Vorbereitung unserer Schulen auf die (digitale) Zukunft, sodass sich die Qualität der Bildung besser an die raschen Veränderungen anpassen kann, die die Digitalisierung mit sich bringt. Des Weiteren fordern wir die Landesregierung auf, die Lehrkräfteaus-, -fort und -weiterbildung so anzupassen, dass die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen in der digitalisierten Welt fester Bestandteil der Lehrkräftebildung sind sowie schnellstmöglich die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Verteilung der Mittel des Digitalpaktes an die Schulträger in Niedersachsen zu ermöglichen.



Bezahlbarer Wohnraum, die Zukunft des öffentlichen Dienstes und die berufsbildenden Schulen waren auf der diesjährigen Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion die bestimmenden Themen.

Wir begrüßen das Engagement des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum sehr und die dort erarbeiteten Ergebnisse verstärken noch einmal den Handlungsdruck. Um dem bezahlbaren Wohnraum in Niedersachsen den erforderlichen Schub zu verleihen, bedarf es großer Anstrengungen. Bauminister Olaf Lies hat bereits vergangenes Jahr angekündigt, dass Niedersachsen sein Engagement im Bereich des bezahlbaren Wohnraums intensivieren und bis zum Jahr 2030 zusätzliche 40.000 Wohnungen schaffen wird. Überproportional steigende Mieten sowie die sukzessive Auflösung der Mietpreisbindungen werden die Situation am Wohnungsmarkt weiter verschärfen.

Wir als SPD-Landtagsfraktion setzen uns für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein und wollen ein deutliches Zeichen setzen. Wir erwarten, dass die Landesregierung von dem Jahresüberschuss 2018 einen nicht unerheblichen dreistelligen Millionenbetrag für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen wird. Darüber hinaus wird sich die SPD-Landtagsfraktion weiterhin im Dialog und enger Abstimmung mit dem Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Niedersachsen weitere Maßnahmen zur Bekämpfung steigender Mieten erarbeiten.

Ein weiteres Thema war die Zukunft der berufsbildenden Schulen und die aktuelle Diskussion um das eigenverantwortliche Budget. In den vergangenen Jahren wurden den berufsbildenden Schulen aufgrund hoher Ausgabereise ein erhöhtes Budget durch Resteübertragung zur Verfügung gestellt, diese Reste sind nun weitestgehend abgeschmolzen. Das System der beruflichen Bildung leis-

tet einen zentralen Beitrag dabei, allen jungen Menschen gute Zukunftsperspektiven zu bieten. Wir wollen zusätzliche 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen, damit berufsbildende Schulen beispielsweise flexibel Lehr- und Fachkräfte einstellen können. Damit wird die Lage an den berufsbildenden Schulen stabilisiert und eine weitere Verbesserung der Unterrichtsversorgung ermöglicht. Wir geben durch die zusätzlichen Mittel den berufsbildenden Schulen genügend Handlungsspielraum, um Flexibilität für Mangelfachrichtungen zu gewährleisten.

Nicht zuletzt hat sich die SPD-Landtagsfraktion mit der Thematik der Sonderzuwendungen für Beamte befasst. Der öffentliche Dienst ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte machen eine leistungsfähige Verwaltung möglich, die für einen starken und sozialen Staat unverzichtbar sind. Die SPD-Landtagsfraktion stellt fest, dass die Arbeit von Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen hohe Anerkennung verdient und für Bewerberinnen und Bewerber ein weiterhin attraktives Berufsziel bleiben muss. Gerade mit Blick auf Nachbarbundesländer zeigt sich ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Beamtenbesoldung.

Wir begrüßen den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst der Länder, dieser muss wirkungsgleich für Beamtinnen und Beamte umgesetzt werden. Für uns ist wichtig, dass die Besoldung dem Tarifergebnis folgt. Darüber hinaus wollen wir den Wiedereinstieg in Sonderzahlungen für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten. Dabei favorisieren wir Lösungen mit Festbeträgen. Aufgrund der sehr angespannten Situation wollen wir außerdem die Besoldung für die Grund-, Haupt, und Realschullehrkräfte anheben. Wie genau dieses auszugestalten ist, werden wir vor dem Hintergrund der Steuerschätzung im Mai und in den Gesprächen mit unserem Koalitionspartner der CDU besprechen.



Rechtspolitik aktuell

In der Plenarwoche im Februar standen zwei wichtige justizpolitische Themen auf der Tagesordnung, die Unterstützung der Straffälligenhilfe durch das Land und die Stärkung des Schöffenamtes.

Zur Straffälligenhilfe: Die Anlaufstellen unterstützen straffällig gewordene Menschen vor und nach der Haftentlassung, helfen ihnen beim Übergang aus der Haft in die Freiheit. Konkret geht es um Unterstützung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei der Beantragung von Sozialleistungen und um die Beratung von Angehörigen.

In Niedersachsen gibt es mit dem landesweit etablierten Projekt „Geldverwaltung statt Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafe“ eine Besonderheit. Mit der Geldverwaltung, die die Anlaufstellen neben der klassischen Straffälligenhilfe anbieten, wird ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung sog. Ersatzfreiheitsstrafen geleistet. Die Anlaufstellen kümmern sich durch die Vermittlung von Ratenzahlungsvereinbarungen darum, dass straffällig gewordenen Menschen, die zu einer Geldstrafe verurteilt worden sind und diese nicht bezahlen können, die Geldstrafe nicht im Gefängnis „absitzen“ müssen. Die Geldverwaltung bewahrt Betroffene vor den negativen Auswirkungen einer Inhaftierung und stabilisiert die soziale und finanzielle Lebenssituation der Betroffenen. Positiver Nebeneffekt ist, dass durch die Vermeidung der Ersatzfreiheitsstrafen die hohen Aufwendungen von ca. 150,00 € je Hafttag wegfallen und Geldstrafen für den Landeshaushalt begetrieben werden, allein 2017 über ½ Mio. €. Dieses Projekt ist

ein niedersächsisches Erfolgsmodell. Andere Länder diskutieren die Einführung.

Die wichtige und gute Arbeit der Anlaufstellen haben die Regierungsfractionen im Haushalt 2019 mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 700.000,00 gestärkt. Davon profitiert auch die Anlaufstelle in Oldenburg in Trägerschaft der Diakonie. Im Plenum haben wir darüber diskutiert, wie wir die Anlaufstellen weiter stärken und unterstützen können. Es wurde ein Antrag von SPD und CDU beschlossen, der u.a. eine Verstetigung und Erhöhung der Landesförderung für die Straffälligenhilfe zum Gegenstand hat.

Zum Schöffenamts: Aus gutem Grund gibt es in unserem Rechtssystem ehrenamtliche Richterinnen und Richter. Die Mitwirkung der Bevölkerung an der Rechtsprechung ist eine wichtige Errungenschaft des modernen Rechtsstaates, geht auf die politische Aufklärung im 19. Jahrhundert zurück. Sie stellt eine demokratische Kontrolle der Justiz sicher und sorgt für mehr Transparenz bei gerichtlichen Entscheidungen.

Zudem tragen die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Hintergründen zu einer lebensnahen Wahrheits- und Rechtsfindung bei, stärken so die Akzeptanz von Entscheidungen der Gerichte.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Das Schöffenamt ist ein wichtiges Ehrenamt mit großer Verantwortung. Deshalb sehen wir das Erfordernis, unseren ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern, die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie für die Ausübung ihres wichtigen Amtes benötigen. Mit einem Antrag der Regierungsfractionen, der im letzten Plenum beschlossen wurde, wollen wir das Schöffenamt stärken. Konkret geht es dabei um drei Punkte: die Verbesserung der finanziellen und organisatorischen Unterstützung für die Fortbildungsangebote des Schöffenverbandes, die Schaffung eines zentralen Ansprechpartners für den Verband und die Schöffen*innen im Justizministerium und um die Stärkung des gesetzlichen Freistellungsanspruch der Schöffen*innen gegenüber Arbeitgebern*innen.

Mit dem Haushalt 2019 haben SPD und CDU zusätzliche Haushaltsmittel für die Fortbildungsangebote des Landesverbandes zur Verfügung gestellt, um es dem Verband zu ermöglichen, sein Fortbildungsangebot weiterhin zur Verfügung stellen und weiterentwickeln zu können. Die Fortbildungsangebote des Verbandes wollen wir weiterhin unterstützen, fordern von der Landesregierung, auch künftig für eine Unterstützung des Verbandes zu sorgen, finanziell und organisatorisch. Schöffen*innen haben einen Anspruch auf Freistellung. Ferner gibt es ein gesetzliches Benachteiligungsverbot. Es häufen sich Beschwerden darüber, dass Arbeitgeber*innen dem Freistellungsanspruch nicht immer ausreichend Rechnung getragen wird. Auf die Zunahme von

Konflikten im Zusammenhang mit dem Freistellungsanspruch wurde auch vom Schöffenverband zuletzt immer wieder hingewiesen. Der juristische Laie kann die Rechtsprechung zur Freistellung von Schöffen*innen kaum überblicken. Neuerdings ist verstärkt zu hören, dass sich selbst der öffentliche Dienst im Hinblick auf die Freistellung seiner Mitarbeiter für das richterliche Ehrenamt nicht vorbildlich verhält. Es ist daher erforderlich, dass seitens der Landesregierung nicht nur für das Schöffenamt geworben wird, sondern dass an geeigneter Stelle für die Einhaltung des gesetzlichen Freistellungsanspruchs und des Benachteiligungsverbotes sensibilisiert und hingewiesen wird.





AUS DEM PLENUM

Aktuelles zur Kulturpolitik

Das Oldenburgische Staatstheater hat kürzlich - wie über 300 Kultureinrichtungen und Aktive innerhalb der Kulturlandschaft in ganz Deutschland - den Aufruf der Vielen mitinitiiert und unterzeichnet. In meiner Heimatregion Nord-West haben dies gleich über 50 Kulturinstitutionen getan.

Kulturschaffende setzen damit ein Zeichen für Toleranz, Vielfalt und Respekt - gegen die wiederholten Angriffe von Rechtsaußen auf die Freiheit der Kunst und Kultur.

Daraus ist eine bundesweite Kampagne geworden. Ich finde es - gerade auch im Hinblick darauf, dass wir als Abgeordnete gemeinsam darüber diskutieren, wie wir die Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen fördern können - außerordentlich wichtig, die Erklärung der Vielen hier zu thematisieren.

Das Manifest geht auf die deutsche Geschichte ein und unterstreicht damit unsere historische Verantwortung. Kunst wurde in Nazideutschland als „entartet“ verunglimpft und Kultur wurde flächendeckend zu Propagandazwecken missbraucht.

„Müssen sich Kultureinrichtungen, die staatlich gefördert sind, parteipolitisch neutral verhalten? Ich meine: Nein“, sagte der Intendant des Friedrichstadtpalastes, Berndt Schmidt, bei der Vorstellung der Initiative „DIE VIELEN“. Dass Extremisten demokratisch gewählt seien, sei „kein Persilschein“.

Ich stimme ihm zu.

Die Kunst- und Kulturinstitutionen wehren sich mit ihrer Erklärung gegen eine Verrohung der Sprache, schikanöse Anfragen in Landesparlamenten und Stadträten sowie den Versuchen, der Kultur die Mittel zu entziehen. Die Kultur braucht aber die Möglichkeit, anzuecken, Position zu beziehen und auch mal unbequem zu sein.

Gemäß Artikel 6 besitzt die Kulturförderung in Niedersachsen Verfassungsrang. Diesen müssen wir ernst nehmen und nachhaltig mit Leben füllen. Als Abgeordnete ist es unsere Aufgabe, die Kultur zu unterstützen, denn sie ist eine unverzichtbare Grundlage unserer Gesellschaft. Wir brauchen daher nicht weniger Förderung für die freie Kultur, sondern im Gegenteil: Ich fordere alle dazu auf, sich für Kunst und Kultur einzusetzen, wo immer es möglich ist. Kunstfreiheit geht uns alle an. Ohne die Freiheit der Kunst verlieren wir letzten Endes unsere Demokratie.

Kommen wir zu den Maßnahmen, die ich ins Februarplenium eingebracht habe.

Die Fraktionen der SPD und der CDU legen hier eine Reihe von kulturpolitischen Maßnahmen für unser Land fest. Das ganze Paket gibt der Landesregierung einiges an Hausaufgaben auf. Dies ist auch zwingend nötig, denn Niedersachsen als großes Flächenland hat eine große Vielzahl und eine immense Vielfalt an kulturellen Akteurinnen und Akteure vorzuweisen - darauf können wir stolz sein.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



AUS DEM PLENUM

Wir als Politikerinnen und Politiker können uns am besten bedanken, indem wir gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit schaffen und sie unterstützen.

Das Land muss die Förderverfahren für kleine und ehrenamtliche Kultureinrichtungen vereinfachen – hier wollen wir eine Entbürokratisierung durch eine Verbesserung der Zielvereinbarungen erreichen.

Zudem sollen in Abstimmung mit den Kulturschaffenden Investitionsprogramme für diese Häuser weiterentwickelt werden, um besser auf ihre Bedarfe eingehen zu können. Außerdem muss die Förderung für die Mitgliedsverbände im Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände unbedingt verstetigt sowie eine Ausweitung der Spielstätten- und Konzeptionsförderung der Amateur- und freien Theater für die Theaterpädagogik realisiert werden.

Die Landschaften und Landschaftsverbände wollen wir stärker gefördert wissen – sie transportieren und bewahren verantwortungsbewusst und sinnvoll das kulturelle Erbe der Regionen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass wir bessere Unterstützungsangebote für Plattdeutsch und Saterfriesisch benötigen. Selbst soll das Land in Zusammenarbeit mit den Landesmuseen und anderen Häusern mehr und große Landesausstellungen initiieren.

Zu den weiteren Bestrebungen der Fraktionen von SPD und CDU gehören weiter umzusetzende Maßnahmen im Bereich der Musik: Das Programm „Wir machen die Musik“ soll ausgebaut und die Finanzmittel verstetigt werden. Denn „Wir machen

die Musik“ ist das wichtigste Programm für die musikalische Früherziehung, es fördert gesellschaftliche Integration und Inklusion. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung dazu auf, die Laienmusik in den Vereinen und Verbänden stärker zu unterstützen sowie die Förderung von Musikfestivals zu verbessern.

Was besonders wichtig ist: Wir wollen eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Aktive in der Kulturlandschaft. Dazu gehören Netzwerkstrukturen und passgenau Beratungsangebote, bei deren Etablierung das Land unterstützen soll.

Die Maßnahmen, welche wir beschließen wollen, sind wichtig und notwendig. Um die Kultur bestmöglich zu fördern, brauchen wir nun langfristig angelegte Konzepte, die gesetzlich festgeschrieben werden müssen. Wir sollten uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier daher Gedanken darüber machen, wie die Kulturförderpolitik stärker konzeptionell, strategisch und zielorientiert werden kann – Kulturschaffende brauchen eine vom politischen Tagesgeschäft unabhängige Struktur, die langfristig wirken kann. Als kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion freue ich mich auf die Diskussionen zu diesem Antrag und über die Zukunft der Kulturförderpolitik.



Wir kümmern uns!

Die SPD-geführte Landesregierung hat bekanntgegeben, dass soziokulturelle Einrichtungen in Niedersachsen im Jahr 2019 mit insgesamt 1,2 Millionen Euro gefördert werden.

„Von diesen Mitteln profitiert auch die Kulturszene in Oldenburg – die im laufenden Jahr mit insgesamt über 380.000 EUR gefördert wird“, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Naber und Prange.

Das Blauschimmel Atelier erhält 9.700 EUR für Blauschimmel 4.0 – Fit für die Zukunft, die Werkschule 11.500 EUR für die Sanierung des Kunstforums. Jugendkulturarbeit e. V. bekommt 261.500 EUR für die Sanierung des Hauses Weiße Rose 1, sowie 4.200 EUR für mobile Technik und 11.000 EUR für das Projekt Performing Sound. Die Kulturretage Oldenburg e. V. erhält 65.000 EUR für den barrierefreien Umbau des Ostflügels. Das Projekt „Unterwegs in Oldenburg“ von Werkstattfilm wird mit 18.000 EUR gefördert.

Niedersachsenweit erhalten in diesem Jahr 42 soziokulturelle Projekte eine Förderung des Landes, die sich auf insgesamt rund 465.000 Euro summiert. Die verbleibenden Mittel in Höhe von rund 820.000 Euro fließen in die Modernisierung und Sanierung von soziokulturellen Einrichtungen.

„Die Landesförderung ist eine Wertschätzung für die geleistete Arbeit

und stärkt Oldenburgs vielfältige Kulturszene“, zeigt sich Prange erfreut über die Förderung.

„Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht außer Frage, dass gerade vergleichsweise kleine Kulturinstitutionen eine große Bereicherung für das kulturelle Leben in Niedersachsen darstellen. Es ist uns daher eine Herzensangelegenheit, dass auch diese Einrichtungen von der Kulturförderung des Landes profitieren“, berichtet Hanna Naber.

Land fördert Sportstätten mit 100 Millionen Euro - Kommunen und Vereine profitieren von Landesförderung

SPD-Innenminister Boris Pistorius hat am Montag die Förderrichtlinie für das Landesprogramm zur Sanierung der niedersächsischen Sportstätten angekündigt. Die SPD-geführte Landesregierung wird in den Jahren 2019 bis 2022 insgesamt 100 Millionen Euro für die Sanierung von kommunalen Sportanlagen und Vereinssportstätten zur Verfügung stellen. Die Förderrichtlinie wird in den nächsten Tagen im Niedersächsischen Ministerialblatt veröffentlicht und damit in Kraft treten.

„Mit den 100 Millionen Euro, die das Land zur Verfügung stellt, machen wir einen großen Schritt auf dem Weg zur Auflösung des Sanierungstaus bei den Sportstätten in unserem Land“, zeigen sich die SPD Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange über die Entscheidung aus Hannover erfreut. „Mit der Ankündigung

der Förderrichtlinie ist der Startschuss für die Kommunen und Vereine gefallen. Diese haben in diesem Jahr bis zum 31. Mai die Möglichkeit, ihre Förderanträge zu stellen. In den kommenden Jahren werden bis 2022 noch drei weitere Bewerbungsverfahren durchgeführt“, so Naber und Prange weiter.

80 Prozent der Gesamtsumme erhalten die Kommunen und die weiteren 20 Prozent werden den Vereinen mit vereinseigenen Sportanlagen zur Verfügung gestellt. Durch die neue Richtlinie soll insbesondere die Sanierung von Turn- und Schwimmhallen, aber auch von Sportplätzen gefördert werden. Dabei können bis zu 80 Prozent der gesamten Sanierungskosten gefördert werden.

„Sport leistet einen wichtigen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und Gesundheit, trägt aber auch entscheidend zu Teilhabe und Integration bei. Die Landesmittel stärken die ganz überwiegend ehrenamtlich in den Vereinen geleistete Arbeit und tragen des Weiteren zu besseren Bedingungen für den Schulsport bei.“ betonen Naber und Prange. Beide Abgeordneten betonen abschließend die Bedeutung der Landesmittel für Oldenburg, das als Sportstadt mit vielen städtischen und vereinseigenen Sportanlagen einen großen Bedarf im Bereich Sportstättenanierung hat.



FÜR OLDENBURG

Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsfachberufen

Bereits Anfang Februar besuchte Ulf Prange die LOGES-Schule für Physiotherapie in Osterburg. Bei dem Gespräch machten die Vertreter der Schule deutlich, dass sie mehr Planungssicherheit bei der Finanzierung der Bildungseinrichtung benötigen. Denn in den Gesundheitsfachberufen, insbesondere bei Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und Podologie, drohe auf absehbare Zeit ein Fachkräftemangel. Die Bewerberzahlen seien stark rückläufig.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, will die Niedersächsische Landesregierung die Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in diesen Berufen einführen und auf diese Weise mehr Schülerinnen und Schüler für eine Tätigkeit in den Gesundheitsberufen gewinnen. Mit der Abschaffung der hohen Ausbildungskosten soll auch die als ungerecht empfundene Ungleichbehandlung im Vergleich zu anderen Ausbildungen beseitigt werden.

Konkret bedeutet dies, dass alle Schülerinnen und Schüler, die ab dem 01. August 2019 eine Ausbildung in den Berufen Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und Podologie beginnen, in Zukunft für diese kein Schulgeld mehr zahlen müssen. Hierfür hat der Landtag im Haushalt für das Jahr 2019 insgesamt 1,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Zur Umsetzung des Vorhabens haben wir bei der Landesregierung nachgefasst. Um die Schulgeldfreiheit bereits ab August zu erreichen, wird die Landesregierung zunächst eine Förderrichtlinie vorlegen. Später wird die gesetzliche Grundlage für eine inhaltsgleiche Verordnung geschaffen. Dieses Vorgehen ist notwendig, um den Zeitplan einhalten zu können und die Schulgeldfreiheit zum 01. August 2019 sicherzustellen.

„Wir müssen dafür sorgen, dass die Gesundheitsfachberufe wieder attraktiver werden. Durch die Abschaffung des Schulgelds entfällt die finanzielle Belastung, die die angehenden Therapeuten bislang eigenständig zahlen mussten. Unter diesen Voraussetzungen ermöglichen wir auch jungen Menschen aus einkommensschwachen

Familien eine Ausbildung in diesen Bereichen und sorgen so für mehr Gerechtigkeit. Mit der Förderrichtlinie erhalten die Schulen zudem Planungssicherheit“, betont Ulf Prange, MdL

Damit setzt die SPD ihren Weg der gebührenfreien Bildung in Niedersachsen fort – von der Kita bis zur Ausbildung.





Oldenburger Abend

Oldenburger Abend mit MdL Deniz Kurku und MdL a. D. Michael Hans Höntsch

Thema: Rechtsextremismus heute

Moderiert und organisiert wurde die Veranstaltung von Hanna Naber MdL. Als Redner und Podiumsgäste sind Deniz Kurku MdL, Sprecher gegen Rechtsextremismus in der Niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion und Michael Hans Höntsch MdL a. D. nach Oldenburg gekommen.

Ulf Prange MdL: "In Zeiten, in denen wir feststellen müssen, dass Rechtspopulismus, rechte Hetze in unserer Gesellschaft und Übergriffe auf Minderheiten zunehmen, ist es wichtig, dass Politik klare Kante zeigt. Über die Veranstaltung der SPD Oldenburg und die klare Positionierung meiner Kollegen Deniz Kurku und Michael Höntsch habe ich mich sehr gefreut. Es ist erschreckend, dass die beiden Kollegen Diffamierungen, Beleidigungen und Bedrohungen aus dem rechten Lager ausgesetzt sind, ich habe großen Respekt vor ihrer für unsere Gesellschaft so wichtigen Arbeit."

AK Medien in der Hunttestadt



Hanna Naber und Ulf Prange besuchten im Februar gemeinsam mit dem Arbeitskreis Medien, dem Ulf Prange angehört, den Oldenburger Bürgersender oeins.

Wiebke Schneidewind (Geschäftsführerin bei oeins) und Wolfgang Wulf (Vertreter der Bürgersender bei der Niedersächsischen Landesmedienanstalt) berichteten über die Arbeit und machten dabei auf die schwierige finanzielle Situation der Bürgersender aufmerksam..

Seitens der SPD wurde klare Unterstützung für die Bürgersender ausgesprochen!

Landtagspräsidentin zu Gast in Oldenburg

Auf Einladung der beiden Oldenburger Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange war die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages, Dr. Gabriele Andretta, am 12 Februar zu Gast in der Hunte-Stadt.

Andretta, die im Vorstand der SPD-Landtagsfraktion über viele Jahre für den Bereich Wissenschaft und Kultur verantwortlich war, besuchte zusammen mit Naber und Prange unter anderem das Oldenburger Staatstheater. Dem Gespräch mit dem Generalintendanten Christian Firmbach und dem Verwaltungsleiter des Theaters, Tillmann Pröllochs folgte eine abwechslungsreiche Besichtigung der wichtigsten Bereiche einer Theaterproduktion.

Gesprächsthemen waren die Finanzierung durch das Land, Theatergagen und die Sensibilisierung für demokratische Werte durch Theaterpädagogik.



Im Anschluss folgte eine nicht minder eindrucksvolle Stippvisite im Theater Laboratorium. Die drei Landespolitiker wurden von den beiden künstlerischen Leitern Barbara Schmitz-Lenders und Pavel Möller-Lück empfangen und durften gleich darauf eine kurze Kostprobe auf der Bühne bestaunen. Neben einer Führung durch die detailverliebten Räumlichkeiten, inklusive der neuen Spielstätte „Limonadenfabrik“, tauschten sich Andretta, Naber und Prange mit den leidenschaftlichen Theaterschaffenden über die vergangene und zukünftige Entwicklung der Spielstätte aus.



Landtagspräsidentin Andretta und Prange besuchen alte Pathologie in Wehnen

Der Gedenkkreis kümmert sich seit 15 Jahren um die Aufarbeitung der Hungermorde in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen. Der Leiter der Gedenkstätte Dr. Ingo Harms betonte, sie wollten Jugendliche anregen, sich selbst mit den Biografien der Opfer zu beschäftigen. Dazu dienen weinrote Mappen mit den Lebensläufen und Fotografien der in Wehnen ums Leben gekommenen Männer, Frauen und Kinder. Nach Harms Schätzungen starben während der NS-Zeit mehr als 1.500 Patienten wegen Unterernährung, Vernachlässigung und fehlender medizinischer Versorgung. Dies sei Teil nationalsozialistischer Politik gewesen, die solche Kranken als „Ballast“, „unwertes Leben“, angesehen hätten. |

Dazu Hanna Naber und Ulf Prange: „Das Leid, das die Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus erfahren haben, ist unvorstellbar.“

Das Engagement des Gedenkkreises erinnert an diese schreckliche Zeit. Was hier ehrenamtlich geleistet wird, hat uns sehr beeindruckt.“



Praktikant*innen

BEGLEITEN ABGEORDNETE

Die Perspektive einer Praktikantin

Anne Buchhorn -

Praktikantin bei Ulf Prange

"Im Rahmen meines Praktikums bei Ulf Prange habe ich an der Plenarwoche des Niedersächsischen Landtages vom 26.02. bis 01.03 teilgenommen. Los ging es am Dienstag mit einer Sitzung der Abgeordneten aus dem Weser- Ems-Bezirk und einer Fraktionssitzung, in der noch einige Inhalte für das Plenum besprochen wurden. Von Mittwoch bis Freitag hat dann das Plenum stattgefunden, das ich von der Tribüne aus verfolgen konnte. Hier wurde über verschiedene Anträge endgültig abgestimmt oder neue Anträge vorgestellt und diskutiert, bevor sie später in den Ausschüssen verhandelt werden.

Besonders interessant fand ich die aktuelle Stunde, bei der jede Partei ein bestimmtes Thema vorstellen kann. Die Themenbereiche, wie zum Beispiel der Klimaschutz und die „Fridays for Future“- Bewegung, können natürlich nicht konkret in Form von Anträgen behandelt werden, trotzdem hat jede Partei die Möglichkeit, sich zu diesen Themen zu positionieren und das Handeln von Regierung und Parlament zu beurteilen. Bei diesen Debatten wurde es schon mal lauter, aber es wurde auch deutlich, wie unterschiedlich die

Vorstellungen und Lösungsansätze sein können.

Außerdem hat mich überrascht, wie viele weitere Termine rund um das Plenum stattfinden. Es wird nicht nur im Plenarsaal viel diskutiert, sondern auch davor, denn während des Plenums sind alle Abgeordneten anwesend, während sonst immer nur ein Teil der Abgeordneten in den Ausschüssen zusammenkommt. Manche Abgeordnete führen auch Gespräche mit Besuchergruppen, die sich die Plenarsitzungen anschauen. Im Anschluss an die Plenarsitzungen gibt es parlamentarische Abende, die von verschiedenen Organisationen und Verbänden veranstaltet werden. Ich war zum Beispiel beim parlamentarischen Abend des Niedersächsischen Anwalts- und Notarverbands, wo dieser Verband unter anderem eine Reform der juristischen Ausbildung vorgeschlagen hat.

Ziel dieser Veranstaltungen ist natürlich, die Arbeit dieser Organisationen vorzustellen und deren Interessen zu erläutern, aber es ist auch eine gute Gelegenheit, viele interessante Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen und deren unterschiedliche Sichtweisen kennenzulernen.

Insgesamt hat mir mein Praktikum sehr gut gefallen. Als Jurastudentin war es

für mich besonders interessant, statt der Anwendung von Gesetzen mal etwas über den Prozess der Entstehung von Gesetzen zu lernen, aber auch sonst habe ich einen guten Eindruck von der politischen Arbeit bekommen und kann jedem ein Praktikum in diesem Bereich empfehlen."



Auch im Landtag: Hanna und ihre Praktikantin Julia, die in die neunte Klasse geht.



**NABER UND PRANGE LADEN EIN
ZU GAST IM LANDTAG**

Regelmäßig führen wir gemeinsam Tagesfahrten nach Hannover durch, um den Oldenburgerinnen und Oldenburgern die Arbeit im Landtag näherbringen zu können. Zum Programm gehören der Bustransfer, ein Tribünenbesuch während der laufenden Sitzung und eine Diskussionsrunde mit den Abgeordneten.

Bei Interesse genügt ein kurzer Anruf oder eine formlose E-Mail.



KONTAKT



facebook.com/

MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/

ulfprange
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-12 / 0441 361175-13

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Wir freuen uns auf eure Anregungen für unsere Arbeit für Oldenburg.